

# Die bisherigen Erkenntnisse des Internationalen Strafgerichtshofs haben nur „an der Oberfläche gekratzt“

**Die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant sind ein Sieg für die internationale Justiz, auch wenn die Durchsetzung eine Herausforderung bleibt, erklärt der palästinensische Anwalt Raji Sourani.**

Mohammed R. Mhawish. 972mag.com., 26.11.24

Die Entscheidung des IStGH hat weitreichende wirtschaftliche und diplomatische Folgen, insbesondere für die Beziehungen des Staates Israel mit der EU. Wie Josep Borrell richtig feststellte, handelt es sich um eine rechtliche Entscheidung mit verbindlichen Folgen für die EU-Mitgliedstaaten. Das israelische präferenzielle Handelsabkommen mit der EU, das 65 Prozent seiner Exporte von Zöllen befreit, steht nun auf dem Prüfstand.

Vergangene Woche erließ der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant. In ihrer Entscheidung vom 21. November stellten die Richter des Gerichtshofs fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass die beiden für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, die im Zusammenhang mit dem andauernden israelischen Krieg gegen den Gazastreifen begangen wurden - insbesondere für den Einsatz von Hunger als Methode der Kriegsführung sowie für „Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen“.

Die Richter des IStGH erließen einen zusätzlichen Haftbefehl gegen den Militärführer der Hamas, Mohammed Deif, den die israelische Armee im Juli getötet haben will, dessen Ableben die Hamas aber nie bestätigt hat. Die Gruppe beharrte damals darauf, dass Deif das Attentat überlebt habe, hat aber Berichten zufolge inzwischen eingeräumt, dass er wahrscheinlich gestorben ist. Der Chefankläger des Gerichts, Karim Khan, hatte auch Haftbefehle für die Hamas-Führer Ismail Haniyeh und Yahya Sinwar beantragt, aber der Staat Israel hat beide Männer im August bzw. Oktober getötet.

Der IStGH leitete 2021 eine formelle strafrechtliche Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein, als die Richter entschieden, dass der Gerichtshof für Verbrechen zuständig ist, die in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten und von Palästinensern innerhalb des Staates Israel begangen wurden. Der Umfang der Ermittlungen reicht bis ins Jahr 2014 zurück, aber diese Haftbefehle beziehen sich speziell auf den Zeitraum zwischen dem 8. Oktober 2023 und dem 20. Mai 2024.

Die Entscheidung bedeutet auch die Niederlage einer fast jahrzehntelangen israelischen Überwachungs- und Einschüchterungskampagne, die darauf ausgerichtet war, die Untersuchung des IStGH zu vereiteln und die das Magazin +972, Local Call sowie der Guardian Anfang des Jahres aufgedeckt hatten. 1

Um mehr über die Bedeutung dieses Urteils zu erfahren, sprach +972 mit Raji Sourani, einem Menschenrechtsanwalt und Direktor des in Gaza ansässigen Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte (PCHR), einer von mehreren palästinensischen Menschenrechtsorganisationen, die vom Staat Israel überwacht wurden, während sie Zeugnisse an das Büro des Chefanklägers weitergaben. Im folgenden Gespräch erläutert Sourani, der derzeit in Kairo lebt, nachdem er vor dem Völkermord in Gaza geflohen ist, die rechtlichen und politischen Auswirkungen der Entscheidung des IStGH, ihren historischen Hintergrund und ihre Bedeutung für die Rechenschaftspflicht bei den anhaltenden israelischen Angriffen auf den Gazastreifen.

Das Interview wurde aus Gründen der Länge und Klarheit gekürzt.

***Können Sie näher erläutern, was es bedeutet, dass der IStGH Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant erlassen hat?***

Die Entscheidung, diese Haftbefehle nach einer sorgfältigen juristischen Prüfung auszustellen, zeigt die Schwere der Anschuldigungen. Sie bekräftigt den Vorwurf, dass Netanjahu und Gallant für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, insbesondere für den Einsatz von Hunger als Kriegswaffe und die gezielte Tötung von Zivilisten im Gazastreifen.

Doch so bedeutsam dieser Schritt auch ist, die Durchsetzung bleibt die Achillesferse des IStGH. Der Gerichtshof ist zwar befugt, Verbrechen dieses Ausmaßes zu verfolgen, verfügt aber über keine unabhängigen Polizei- oder Militäreinheiten zur Vollstreckung dieser Urteile. Er verlässt sich voll und ganz auf seine 124 Mitgliedsstaaten, die das Römische Statut [den Gründungsvertrag des Gerichtshofs] unterzeichnet haben, um als Vollstreckungsorgane zu fungieren und Verdächtige innerhalb ihrer Grenzen zu verhaften. Obwohl dies nach internationalem Recht eine rechtliche Verpflichtung ist, hängt die Vollstreckung oft vom politischen Willen dieser Staaten ab.

***Müssen wir also damit rechnen, dass sie in nächster Zeit vor Gericht gestellt werden?***

In der Vergangenheit hat die Tatsache, dass sich der Gerichtshof bei der Vollstreckung von Haftbefehlen auf die Mitgliedsstaaten verlässt, zu einer selektiven Befolgung geführt. Als beispielsweise der sudanesischer Präsident Omar Al-Bashir wegen Kriegsverbrechen in Darfur angeklagt wurde, reiste er in mehrere IStGH-Mitgliedstaaten, ohne festgenommen zu werden. In ähnlicher Weise wurde der russische Präsident Wladimir Putin, der wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine gesucht wird, kürzlich in der Mongolei, einem weiteren IStGH-Mitglied, empfangen, ohne dass dies Konsequenzen hatte.

Im Fall von Netanjahu und Gallant wird viel davon abhängen, wohin sie reisen, das müssen sie sich jetzt genau überlegen. Die ersten Reaktionen auf die Haftbefehle waren ermutigend, denn mehrere

Länder und Organisationen bekräftigten ihr Engagement für die internationale Justiz. Die Europäische Union, deren 29 Mitgliedstaaten durch das Römische Statut gebunden sind, hat durch Josep Borrell [den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik] zu verstehen gegeben, dass sie verpflichtet ist, diesen Haftbefehlen Folge zu leisten. Die politischen Auswirkungen der Verhaftung amtierender oder kürzlich amtierender israelischer Beamter könnten jedoch selbst die engagiertesten Staaten abschrecken.

**Letztlich ist die Entscheidung des IStGH ein Wendepunkt. Sie setzt einen neuen Standard für die Rechenschaftspflicht im israelisch-palästinensischen Konflikt, stellt den Status quo in Frage und öffnet die Tür für weiterreichende rechtliche, politische und wirtschaftliche Konsequenzen.**

Die Vereinigten Staaten, ein treuer Verbündeter des Staates Israel und ebenfalls nicht Mitglied des IStGH, haben diese Haftbefehle offen verurteilt. Diese geopolitische Abschilderung untergräbt die Autorität des IStGH und erschwert seine Fähigkeit, mächtige Akteure zur Rechenschaft zu ziehen.

***Wie könnte der Widerstand der Vereinigten Staaten die weltweite Reaktion auf die Haftbefehle beeinflussen und allgemein die Glaubwürdigkeit und Durchsetzung von IStGH-Urteilen beeinträchtigen?***

Die Reaktion der USA auf die Haftbefehle ist zutiefst beunruhigend, aber nicht überraschend. Historisch gesehen haben die Vereinigten Staaten auf der internationalen Bühne als eifrigster Verteidiger des Staates Israel agiert und die israelische Regierung mit militärischer Hilfe, politischem Schutz und diplomatischer Immunität versorgt. Doch ihre Reaktion auf die Haftbefehle ist sowohl heuchlerisch als auch widersprüchlich.

Die Vereinigten Staaten berufen sich häufig auf das Völkerrecht, um ihre Gegner zu kritisieren, weisen aber genau die Institutionen ab, deren Akzeptanz sie von anderen erwarten, wenn ihre Verbündeten betroffen sind. Vor allem haben sie das Römische Statut, den Vertrag zur Gründung des IStGH, nicht unterzeichnet. Dies untergräbt die moralische Autorität, die Legitimität des Gerichtshofs in Frage zu stellen, und unterstreicht gleichzeitig die mangelnde Bereitschaft, sich denselben Standards zu unterwerfen, die sie weltweit propagieren.

Dass das Weiße Haus die Haftbefehle des IStGH rundweg ablehnt, ist ein gefährliches Signal. Es ermutigt die israelische Regierung, ihre Politik der Besatzung, des Siedlungsausbaus und der militärischen Aggression mit der Zusicherung amerikanischen Schutzes fortzusetzen. Außerdem schreckt es andere Nationen davon ab, mit dem IStGH zusammenzuarbeiten, weil sie politische Konsequenzen befürchten.

Die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts beruht auf seiner universellen Anwendung. Selektive Durchsetzung untergräbt das gesamte System und wirft berechnete Fragen nach seiner Unparteilich-

keit auf. Wenn sich mächtige Nationen oder ihre Verbündeten der Rechenschaftspflicht entziehen, wird die Rechtsstaatlichkeit der politischen Macht untergeordnet.

Der IStGH hat sich dankenswerterweise bemüht, dieser Wahrnehmung entgegenzuwirken, indem er Personen sowohl aus mächtigen als auch aus schwächeren Staaten ins Visier nahm. Wenn diese Haftbefehle jedoch nicht durchgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass sich die Skepsis gegenüber seiner Fähigkeit, als wahrer Schiedsrichter der Gerechtigkeit zu agieren, verstärkt.

### ***Was muss geschehen, damit die israelische Führung tatsächlich vor Gericht gestellt wird?***

Die Rolle des IStGH als „Gericht der letzten Instanz“ bedeutet, dass sein Erfolg von der Bereitschaft der gesamten internationalen Gemeinschaft abhängt, die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Wenn die Mitgliedsstaaten diese Haftbefehle nicht vollstrecken, besteht die Gefahr, dass die Rechenschaftspflicht zu einer symbolischen Geste wird und nicht zu einem greifbaren Ergebnis.

*Dies ist der Beginn eines langen rechtlichen und politischen Kampfes. Für die Verfechter der Gerechtigkeit besteht die Herausforderung darin, dafür zu sorgen, dass die Entscheidungen des IStGH nicht nur anerkannt, sondern auch befolgt werden, selbst angesichts des immensen politischen Drucks. Und die internationalen Akteure müssen den rechtlichen Verpflichtungen Vorrang vor politischen Allianzen einräumen.*

Dies ist zwar leichter gesagt als getan, doch kann anhaltender Druck von Seiten globaler Bewegungen das politische Kalkül mit der Zeit verändern. Selbst in Staaten mit starken politischen Bindungen zum Staat Israel könnten die öffentliche Meinung und der Druck der Basis die Nichteinhaltung politisch teuer machen.

Und schließlich muss der IStGH trotz aller Hindernisse an seiner Aufgabe festhalten. Er mag langsam arbeiten und Rückschläge hinnehmen müssen, aber die Existenz des Gerichtshofs ist ein Beweis für das beständige Streben nach Gerechtigkeit. Jeder noch so kleine Schritt trägt zum großen Ziel bei, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und die Grundsätze des Völkerrechts zu bekräftigen.

### ***Schmälert das Fehlen von Durchsetzungsmechanismen die Bedeutung dieser Haftbefehle? Werden sie weitere Wirkungen haben?***

Der Erlass dieser Haftbefehle hat eine immense symbolische und rechtliche Bedeutung. Er ist ein Sieg für die Grundsätze der internationalen Justiz und ein entscheidender Schritt in Richtung Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er sendet die deutliche Botschaft, dass niemand über dem Gesetz steht, nicht einmal die Führer von Staaten mit großer militärischer und politischer Macht.

*Die Haftbefehle stellen auch die seit langem bestehende Auffassung in Frage, dass der Staat Israel ungestraft agiert. Sie bestätigen die jahrzehntelangen akribischen Bemühungen der palästinensischen Zivilgesellschaft und internationaler Menschenrechtsorganisationen, die israelischen Rechtsverletzungen im Gazastreifen, in der Westbank sowie in Ostjerusalem zu dokumentieren und damit die*

Grundlage für die Ermittlungen des IStGH zu schaffen sowie die internationale Gemeinschaft zum Handeln zu bewegen. Es ist ein Meilenstein, der die weltweite Anerkennung der Rechte der Palästinenser stärkt, auch wenn er nicht sofort für Gerechtigkeit vor Ort sorgt.

***Was halten Sie von der Entscheidung des Gerichts, einen Hamas-Führer zusammen mit israelischen Führern festzunehmen?***

Der Angriff auf Zivilisten ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, egal in welchem Zusammenhang. Es ist jedoch notwendig, das Recht der Palästinenser auf Selbstverteidigung und Widerstand in den Grenzen des internationalen Rechts zu wahren. Ich denke, wenn man sich auf Einzelpersonen wie Deif konzentriert, ohne den breiteren Kontext von Besatzung und Apartheid zu berücksichtigen, läuft man Gefahr, die Legitimität des palästinensischen Kampfes zu untergraben und die Besetzten mit den Besatzern gleichzusetzen.

Die Entscheidung, einen Haftbefehl gegen Deif zu erlassen, kann als Teil eines Musters gesehen werden, bei dem die internationale Gemeinschaft sich unverhältnismäßig stark auf die Handlungen der Unterdrückten statt auf die des Unterdrückers konzentriert. Ich betone seit langem, dass der palästinensische Kampf im Zusammenhang mit der andauernden Besatzung, der Blockade und der systemischen Gewalt steht, die Bedingungen schaffen, unter denen sich Widerstand entwickelt. Internationale Urteile müssen diese umfassendere Wirklichkeit widerspiegeln.

Echte Gerechtigkeit erfordert einen umfassenden Ansatz, der alle Parteien zur Rechenschaft zieht, insbesondere diejenigen, die in Machtpositionen sitzen und die systemische Gewalt aufrechterhalten. Die Aktionen des Staates Israel müssen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, und die internationale Gemeinschaft muss sich mit den strukturellen Bedingungen befassen, die den Konflikt antreiben.

***Erwarten Sie in Anbetracht des Umfangs der Ermittlungen des IStGH weitere Anklagen gegen andere Personen, die in diese mutmaßlichen Verbrechen verwickelt sind?***

Weitere Anklagen sind nicht nur möglich – sie sind wahrscheinlich. Die Zuständigkeit des IStGH erstreckt sich auf Verbrechen, die seit 2014 begangen wurden – ein Zeitraum, der ein breites Spektrum an dokumentierten Verstößen umfasst, darunter außergerichtliche Tötungen, völkerrechtswidrige Siedlungen und die Blockade des Gazastreifens. Dies sind keine isolierten Vorfälle, sondern Teil eines breiteren Musters systematischer Unterdrückung.

Da diese Verbrechen noch nicht abgeschlossen sind, wird die Untersuchung ausgeweitet werden. Die bisherigen Erkenntnisse des IStGH haben nur an der Oberfläche gekratzt. Der Gerichtshof ist dabei, einen umfassenden Rechtsrahmen zu schaffen, der wahrscheinlich weitere hochrangige Beamte und Militärbefehlshaber mit einbeziehen wird. Dies ist ein langwieriger Prozess, aber die Auswirkungen sind weitreichend.

Die Haftbefehle könnten auch als Abschreckung für andere politische und militärische Funktionäre des Staates Israel dienen, da sie ihnen signalisieren, dass auch sie international zur Rechenschaft gezo-

gen werden könnten. Die Androhung künftiger Haftbefehle könnte sie dazu veranlassen, bei ihren Operationen im Gazastreifen oder Libanon vorsichtiger zu sein.

***Welche anderen wirtschaftlichen und diplomatischen Folgen könnte die Entscheidung des Gerichtshofs neben der möglichen Verhaftung von Netanjahu und Gallant haben?***

Die Entscheidung des IStGH hat weitreichende wirtschaftliche und diplomatische Folgen, insbesondere für die Beziehungen des Staates Israel mit der EU. Wie Josep Borrell richtig feststellte, handelt es sich um eine rechtliche Entscheidung mit verbindlichen Folgen für die EU-Mitgliedstaaten. Das israelische präferenzielle Handelsabkommen mit der EU, das 65 Prozent seiner Exporte von Zöllen befreit, steht nun auf dem Prüfstand.

Es ist ethisch und rechtlich nicht vertretbar, dass die EU diese Privilegien aufrechterhält, während der amtierende israelische Premierminister wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen angeklagt wird. Auch die israelische Beteiligung an europäischen Sportligen, am kulturellen Austausch und an akademischen Programmen wie Erasmus muss neu überdacht werden. Diese Partnerschaften stehen in krassem Widerspruch zum rechtlichen und moralischen Gewicht der Erkenntnisse des IStGH.

Die wirtschaftlichen Folgen könnten über die EU hinausgehen. Länder im globalen Süden, von denen viele das Mandat des IStGH laut und deutlich unterstützt haben, könnten ihre eigenen Beschränkungen für den Handel und die Zusammenarbeit mit dem Staat Israel einführen. Dies würde den Staat Israel nicht nur diplomatisch isolieren, sondern ihn auch unter Druck setzen, das Völkerrecht einzuhalten.

Der Staat Israel hat eine lange Geschichte, in der er sich dem Druck von außen widersetzt und angesichts der internationalen Kritik seine politische Linie oft noch verschärft. Eine anhaltende wirtschaftliche und diplomatische Isolation könnte jedoch eine Neukalibrierung erzwingen. Der Verlust von präferenziellen Handelsabkommen oder kulturellen Partnerschaften würde den Staat Israel nicht nur wirtschaftlich schädigen, sondern auch seine internationale Legitimität untergraben.

Letztlich ist die Entscheidung des IStGH ein Wendepunkt. Sie setzt einen neuen Standard für die Rechenschaftspflicht im israelisch-palästinensischen Konflikt, stellt den Status quo in Frage und öffnet die Tür für weiterreichende rechtliche, politische und wirtschaftliche Konsequenzen. Ob dieser Druck den Staat Israel zu einer Änderung seiner Politik zwingen wird, bleibt abzuwarten, aber der Präzedenzfall ist geschaffen, und die Welt schaut hin.

***Sie haben auf die Heuchelei des Westens hingewiesen, wenn es um Kriegsverbrechen geht. Wie unterscheidet sich die internationale Reaktion auf Palästina von anderen Konflikten, wie dem zwischen Russland und der Ukraine?***

Die internationale Reaktion auf Palästina ist seit langem durch eine eklatante Doppelmoral gekennzeichnet. Der Kontrast zur Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine ist ein krasse Beispiel. Innerhalb weniger Monate nach dem Einmarsch erhob der Internationale Strafgerichtshof Anklage gegen Wladimir Putin, und die internationale Gemeinschaft verhängte weitreichende Sanktionen gegen

Russland. Dieses rasche und entschlossene Handeln unterstreicht den weltweiten Konsens, dass Kriegsverbrechen nicht ungestraft bleiben dürfen.

Doch wenn es um Palästina geht, fehlt der gleiche Nachdruck in auffälliger Weise. Seit Jahrzehnten sind die Palästinenser mit systematischer Gewalt, Vertreibung und Besatzung konfrontiert, doch die internationale Reaktion ist bestenfalls lauwarm. Forderungen nach Sanktionen gegen den Staat Israel oder nach einer juristischen Rechenschaftspflicht für seine Führer stoßen auf Widerstand und werden oft als politisch motiviert oder antisemitisch abgetan.

Diese Heuchelei untergräbt die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen und wirft ernsthafte Fragen zu deren Unparteilichkeit auf. Sie verstärkt auch den Eindruck, dass die Rechte der Palästinenser weniger wichtig sind als die anderer Menschen. Die jüngste Entscheidung des IStGH stellt dieses Bild jedoch in Frage und zeigt, dass auch die israelische Führung nicht vor einer Überprüfung sicher ist.

### ***Was bedeutet die Entscheidung des IStGH für den palästinensischen Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung?***

Der Weg zur Gerechtigkeit ist mit vielen Herausforderungen verbunden. Der Staat Israel und seine Verbündeten haben sich den Verfahren des IStGH energisch widersetzt und politische, rechtliche sowie sogar Zwangsmaßnahmen ergriffen, um die Bemühungen um Rechenschaftspflicht zu vereiteln. An diesen Fällen beteiligte Juristen wurden bedroht, während der Staat Israel weiterhin die Zuständigkeit des Gerichtshofs ablehnt.

Trotz dieser Hindernisse ist die palästinensische Gemeinschaft der Juristen unerschütterlich geblieben. Über Jahrzehnte hinweg haben sie die Gräueltaten akribisch dokumentiert, solide Rechtsfälle aufgebaut und internationalen Gremien unwiderlegbare Beweise vorgelegt. Die Entscheidung des IStGH ist ein Beweis für ihre Unbeugsamkeit und ihr Engagement. Sie bedeutet eine wachsende Anerkennung der palästinensischen Rechte auf der internationalen Bühne und stellt die langjährige Straffreiheit des Staates Israel in Frage.

Gleichzeitig ist es wichtig anzuerkennen, dass Gerechtigkeit für die Palästinenser nicht allein auf juristischem Wege erreicht werden kann. Sie erfordert ein breiteres politisches, soziales und internationales Engagement, um die Ursachen des Konflikts zu bekämpfen: Besetzung, Vertreibung und Ausgrenzung.

*Mohammed R. Mhawish ist ein palästinensischer Journalist und Schriftsteller aus Gaza, der derzeit im Exil lebt. Er ist Mitautor des Buches „A Land With A People - Palestinians and Jews Confront Zionism“ (Monthly Review Press Publication, 2021).*

<sup>1</sup> <https://www.972mag.com/icc-israel-surveillance-investigation/>

Quelle: <https://www.972mag.com/raji-sourani-icc-arrest-warrants/>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de